

HAUSHALTSREDE

des Bürgermeisters Sebastian Seidel

zur Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2016

in den Rat der Gemeinde Everswinkel am 12.11.2015

Anrede

Für zwei Leute ist es heute eine Premiere in die Haushaltsberatungen zu starten. Es ist zum einen meine Nachrückerin im Gemeinderat, Birgit Splettstößer. Zum anderen bin es ich selbst. Auf der Ratsbank habe ich das schon einmal mitgemacht, hier am Rednerpult darf ich Ihnen das erste Mal das Werk vorstellen, was Ihre und meine Zeit in den nächsten Wochen gut ausfüllen wird.

Das Thema, das uns als Gesellschaft, aber auch als Verwaltung und somit auch Sie als Rat enorm beschäftigt und fordert, ist der Zustrom von Flüchtlingen. Das wird uns in diesen und auch in den nächsten Haushaltsberatungen sicher stark einspannen. Darum möchte ich zu Beginn meiner Haushaltsrede einige grundsätzliche Gedanken voranstellen, die vordergründig mit Haushaltszahlen nicht viel zu tun haben.

Waren es im Jahr 2014 beim damals vermuteten Allzeithoch noch 38 Flüchtlinge, die unsere Gemeinde zugewiesen bekommen hat. So sind es in diesem Jahr Stand morgen, denn da bekommen wir für diese Woche die letzte Zuweisung, 180 Flüchtlinge.

Diese Personen gilt es unterzubringen. Seit einigen Wochen gibt es den Notfallplan für die Festhalle. Sie und ich haben vor einigen Minuten den Beschluss des Planungsausschusses finalisiert, damit wir am Pattkamp mit der Planung und Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft mit 52 Plätzen starten können. Die Verwaltungsmannschaft steckt viel Arbeit in die Bewältigung dieser großen Aufgabe. Dafür bedanke ich mich bei diesem tollen Team und ihrer Arbeit. Herausstellen möchte ich Herrn Stohldreier, bei dem im Rathaus die Fäden zusammen laufen.

Ich habe in der letzten Woche eine Personalversammlung einberufen, denn wir haben in der vergangenen Woche beinahe so viele Flüchtlinge zugewiesen bekommen, wie im Allzeithoch-Jahr 2014 insgesamt. Das Thema Flüchtlinge hat für die Verwaltung und auch für mich persönlich absolute Priorität. Wir werden dafür unsere Kräfte bündeln müssen. Wir müssen so ehrlich sein und das auch den Bürgerinnen und Bürgern klar machen. Für einige Dinge, die bisher „schnell mal eben“ abgehandelt werden konnten, muss man vielleicht jetzt etwas länger warten. Auch von geliebten Standards müssen wir uns vorübergehend verabschieden. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aber auch eingeladen, selbst mit anzupacken. Und natürlich werden wir auch die Flüchtlinge zu zusätzlicher, gemeinnütziger Arbeit heranziehen.

Wir müssen in dieser Situation zusammenhalten, denn das Thema betrifft uns alle!

An der Bürgerbeteiligung in den Fachausschusssitzungen zum Thema konnten wir hautnah spüren, dass das Thema auch die Bürgerinnen und Bürger nicht kalt lässt. Und ich sage: Gottseidank ist das so! Denn die Bürgerinnen und Bürger haben sich in vorbildlicher, sachlicher Art und Weise in dieses Verfahren eingebracht und werden das auch weiterhin tun. Wir können stolz darauf sein, dass wir die Geschicke einer solch verantwortungsbewussten Gemeinde lenken dürfen, in der Fremdenfeindlichkeit keinen Platz hat.

Ein paar Orte weiter, nämlich in der Stadt Oelde will die AfD dieses Bürgerengagement stören. Sie will am 16.11. eine Demonstration durchführen. Die Gegendemo ist aber bereits organisiert. Engagierte Bürgerinnen und Bürger setzen ein Zeichen gegen rechts.

Wir müssen die Sorgen und Nöte ernst nehmen. Die Bundesregierung und vor allem die Staaten auf unserem europäischen Kontinent brauchen ein Konzept. Der Zustrom muss gesteuert werden, denn ansonsten droht die Stimmung zu kippen. Die Konzeptlosigkeit spiegelt sich schon darin wider, dass jeder Minister einfach frank und frei rausposaunt, was er gedenkt zu tun. Vor einigen Tagen hieß es, Syrer bekämen nur noch sog. „subsidiären Schutz“ und somit sei der Familiennachzug eingeschränkt. Am nächsten Tag wurde zurückgerudert. Jetzt soll das sog. „Dublin-Verfahren“ bei Syrern wieder greifen. Der EU-Staat, wo die Flüchtlinge als erste registriert werden, muss sie aufnehmen. Ich bin sehr interessiert, wie das gehen soll, wenn die Flüchtlinge von unseren Nachbarn munter durchgewinkt und gerade nicht registriert werden. Und ich bin gespannt, wie lange die Halbwertszeit dieser Mitteilung ist.

Ich habe einen Appell nach Berlin: Einigt Euch erst einmal und dann geht an die Presse! Erst werden die Hausaufgaben gemacht und dann bekommt man sein Fleißkärtchen!

Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern aber auch reinen Wein einschenken: Es wird ein harter, steiniger Weg für uns alle. Es wird eine Nagelprobe für unsere Gesellschaft.

Unser Land hat das aber schon einmal geschafft. Vor 70 Jahren strömten viele Heimatvertriebene aus den deutschen Ostgebieten zu uns. Wenn man heute diese Vergleiche zieht, werden schnell Rufe laut wie: „Das waren ja auch Deutsche. Das war ein Volk. Das war dieselbe Sprache und dieselbe Kultur.“

Das stimmt. Es waren auch Deutsche. Es war auch ein Volk. Sie sprachen auch dieselbe Sprache und sie pflegten auch dieselbe Kultur.

Mein Nachname verrät es schon. Seidel klingt nicht wirklich urwestfälisch. Mein mittlerweile verstorbener Großvater war Schlesier. Auch für ihn war die Integration nicht einfach. Wenn Sie mal die noch lebenden Heimatvertriebenen fragen, wie es damals war, werden sie das feststellen. Es war damals nicht so einfach, Fuß zu fassen, wie das rückblickend heute oft dargestellt wird. Damals war das Münsterland

streng katholisch und die mehrheitlich protestantisch geprägten Ostdeutschen waren anfangs nicht so wohl gelitten. Und das war nur ein Punkt.

Damals war es auch ein harter, steiniger Weg. Und doch können wir heute sagen: Die Integration ist gelungen und die damaligen Ost-Flüchtlinge haben unser Land geprägt und unser Land zu dem tollen Land gemacht, das es heute ist und als das es heute in der Welt geschätzt wird.

Die viel größere Aufgabe als die Unterbringung wird auch für uns die Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft sein. Gerade darum ist es auch so wichtig, dass Frau Merkel und ihre europäischen Amtskollegen ein Konzept für den Zustrom von Flüchtlingen schaffen. Denn die Gesellschaft kann sich ansonsten nicht mit der notwendigen Intensivität, die die Integration benötigt, dieser großen Aufgabe annehmen.

Ich will natürlich nicht verhehlen, dass die Sprache ein großes Integrationshemmnis ist. Auch die kulturellen und religiösen Unterschiede sind da und nicht wegzudiskutieren. Aber unser Land hat sich weiterentwickelt. Auch unsere Gesellschaft hat dazu gelernt und kann mit so etwas umgehen. Allein an dem Beispiel Konfession können wir doch erkennen, dass wir uns weiter entwickelt haben. Es ist doch heute für uns total egal, ob jemand katholisch oder evangelisch getauft ist.

Wir müssen die Flüchtlinge als Chance begreifen. Jüngst sprach ich mit dem Chefarzt eines Krankenhauses im Umkreis. Er sagte mir, er sei dringend auf Flüchtlinge angewiesen, um den Bedarf an Fachkräften im Gesundheitssektor in den nächsten Jahrzehnten zu decken.

Gerade darum ist es so wichtig, jetzt schon mit der Integration in den Arbeitsmarkt zu beginnen. Wir haben hier als erste Gemeinde im Kreis einen „Integration Point“, in dem wir mit Kreis und Arbeitsagentur unterstützt von der Flüchtlingsinitiative und mit eigenen Mitteln die Talente sichten und in Everswinkeler Betrieben Probearbeitstage oder Praktika absolvieren lassen. Sofort haben sich zwei Unternehmen – GaLaBau Schulze Tertilt und BSW Anlagenbau – bereit erklärt, uns zu unterstützen. Und ich bin sicher, dass es noch viele mehr werden.

Bevor ich nun auf die Zahlen zu sprechen komme, möchte ich einen unserer Feuerwehrkameraden, mit dem ich mich über das Thema bei der Verabschiedung von Herrn Banken unterhalten habe, zitieren. Er sagte zu mir: „Sebastian, wir als Everswinkeler und Alverskirchener, wir kriegen das hin!“

Um das Zahlenwerk etwas anschaulicher zu gestalten, stelle ich einmal Aufwendungen und Erträge gegenüber, die sich – leider – nicht die Waage halten, aber dazu gleich mehr.

Aufwendungen

In der Waagschale Aufwendungen haben wir:

- Personalaufwendungen iHv **3,176 Mio. €**
- Versorgungsaufwendungen iHv **293 T€**
- Aufwand für Sach- und Dienstleistungen iHv **3,374 Mio. €**
(u.a. Sanierung: 189 T€, Bewirtschaftung Grundstücke, baul. Anlagen und Infrastrukturvermögen: 781 T€, Unterhaltung Grundstücke, baul. Anlagen, bewegl. Anlagevermögen und Infrastrukturvermögen: 936T€, Schülerbeförderung 362 T€, Abfallbeseitigung: 540 T€)
- Bilanzielle Abschreibungen iHv **1,742 Mio. €**
- Sozialtransferaufwendungen (Flüchtlinge) iHv **1 Mio. €**
- Gewerbesteuerumlage iHv **881 T€**
- Zuschüsse (Kindergärten, Sportvereine etc.) iHv **691 T€**
- Verlustausgleich fürs Vitusbad iHv **200 T€**(ich gehe nachher auf das Vitusbad noch näher ein)
- Kreisumlage iHv **6,434 Mio. €**(Allg KU: 4,346 Mio €; JAU: 1,988 Mio. €, Sonderumlage: 0,100 Mio. €) → 376.700 € mehr Zahllast bei Allg. KU von 38,9 % und JAU von 17,8 % und SU von 0,9 %
- Sonstige Aufwendungen iHv **1,21 Mio. €.**
- Abundanzumlage iHv **164 T€.**

Aufwendungen: 19,1 Mio. €

Erträge

In der Waagschale Erträge haben wir:

- Gewerbesteuer iHv **5,3 Mio. €**
- Beteiligung an Einkommenssteuer iHv **4,952 Mio. €**
- Auflösung Sonderposten iHv **1,212 Mio. €**
- Grundsteuern iHv **1,387 Mio. €**
- Gebühren iHv **991 T€**
- Konzessionsabgaben iHv **379 T€**
- Kostenerstattungen iHv **1,695 Mio. €** (u.a. 800 T€ für Flüchtlinge, 200 T€ für Breitband, 247 T€ für EIAG)
- Sonstige Erträge/Zuweisungen etc. iHv **2,071 Mio. €** (u.a. Gemeindeanteil Umsatzsteuer 913 T€, sonstige Steuern 226 T€, Auflösung von Rückstellungen 278 T€, Zuweisung für lfd. Zwecke: 352 T€, Finanzerträge (insb. TEO):157 T€)
- Schlüsselzuweisungen iHv **0 €** → auch aus dem KInvF des Bundes bekommen wir leider keine Mittel, weil sich die Verteilung nach dem GFG-Schlüssel (2011-2015) bemisst – Stichwort „Abundanz“

Erträge: 17,9 Mio. €

Die Kopfrechner von Ihnen haben es schon errechnet. Das **Defizit** im Haushaltsplan 2016 beträgt rd. **1,2 Mio. €**

Bisher konnten wir auf die Ausgleichsrücklage zurückgreifen, diese werden wir aber mit dem Ende des Jahres 2015 vollständig aufgebraucht haben. Für das Jahr 2015 werden wir sogar bereits einen Teil der Allgemeinen Rücklage anfassen müssen. Das ist ja bereits im Haushaltsplan 2015 so „eingepreist“ worden.

Für das Jahr 2016 werden wir erneut zum Ausgleich unseres Haushalts die Allgemeine Rücklage angreifen müssen und zwar in der Höhe des Defizits von rd. 1,2 Mio. €.

Über uns schwebt das Damoklesschwert der Haushaltssicherung. Sofern wir innerhalb eines HH-Jahres mehr als 25 % der Allgemeinen Rücklage oder innerhalb von zwei aufeinander folgenden HH-Jahren 5 % der Allgemeinen Rücklage verzehren, sind wir verpflichtet ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Die Allgemeine Rücklage beträgt im HH-Jahr 2016 25.046.487,57 €. Wir planen einen Verzehr von 1.183.827,00 € ein. Das ist viel, aber es ist ein Verzehr von unter 5 %, nämlich 4,5 %. Auch für das Jahr 2015 und die Folgejahre 2017- 2019 wird der Verzehr der allgemeinen Rücklage unter 5 % liegen.

Die Liquiden Mittel als 2. wesentlicher Eckpfeiler der doppelten Haushaltsplanung werden sich aufgrund einer geplanten Kreditermächtigung zwar im Laufe der kommenden Jahre reduzieren, nach aktueller Planung werden die Finanzmittel aber bis zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes ausreichen. So werden die Liquiden Mittel am Ende des Jahres 2016 noch rd. 2,092 Mio. € betragen. Am Ende des Jahres 2019 zeichnet sich momentan eine leichte Erholung auf rd. 2,977 Mio. € ab. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Laufe der Jahre noch weiterer Investitionsbedarf entstehen wird, der zur Haushaltsplanung 2016 noch keine Berücksichtigung gefunden hat.

Der Haushalt ist auf Kante genäht!

Ich möchte im Folgenden auf einige größere Einzelpositionen näher eingehen.

Flüchtlinge

Wir haben im Stellenplan 1 Stelle mehr ausgewiesen. Dies ist der Betreuung der Flüchtlinge und deren Unterkünfte geschuldet. So haben wir nämlich seit dem 01.11. einen Hausmeister, der sich nur um die Flüchtlingsunterkünfte kümmert. Die bisherige Betreuung durch den Bauhof war nicht mehr zu stemmen. Der Rat hatte das bereits am 29.09.2015 beschlossen.

Für die Errichtung des Übergangwohnheims haben wir Mittel in Höhe von rd. 1 Mio. € eingestellt. Wir werden diese Maßnahmen über Kredite finanzieren. Dass wir das dürfen, haben wir zuvor mit der Kommunalaufsicht des Kreises Warendorf abgestimmt.

Der Zustrom von Flüchtlingen hat auch Auswirkungen auf andere Positionen im Haushalt. Die Betreuung kaufen wir beim Mütterzentrum Beckum ein. Bisher war ein Sozialarbeiter des Mütterzentrums mit 20 Stunden in Everswinkel tätig. Wir haben sein Stundenkontingent aber bereits aufgestockt auf 40 Stunden, weil ansonsten eine adäquate Betreuung nicht mehr möglich ist. Ich habe Sie vor einer Woche darüber nach der Sitzung des Planungsausschusses bereits informiert.

Die Unterbringung sowie die Versorgung der Flüchtlinge ist mit 1 Mio. € veranschlagt. Wir erhalten in diesem Bereich aber Mittel des Bundes und des Landes in Höhe von 800.000 €. Pro Person ist eine Pauschale von 10.000 € pro Flüchtling pro Jahr vorgesehen.

Der Wohnraum wird knapp. Der Sprecher der Bürgermeister im Kreis, Karl-Uwe Strothmann aus Beckum, hat vor einer Woche gegenüber den WN geäußert: „Im

Moment mieten wir den kompletten freien Wohnungsmarkt leer.“ Diese Aussage trifft auch für die Gemeinde Everswinkel zu.

Baugebiete

Für manche mag jetzt ein starker thematischer Bruch kommen, aber der Bereich Flüchtlinge und Wohnraum hängen doch stark zusammen.

Gerade weil der Wohnraum knapp wird, müssen wir nämlich auch Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde und die, die es werden wollen, bieten. Für Grunderwerb sind als Bedarfsposition – vielleicht auch schon für neue Bauflächen – im Haushalt 2016 100.000 € vorgesehen. Die Nachfrage im Baugebiet Möllenkamp III, in dem bereits der dritte Bauabschnitt in der Vermarktung ist, spricht eine deutliche Sprache. Und auch die Grundstücksbewerber für das Baugebiet Königskamp haben wir vor einigen Tagen angeschrieben, nachdem der Bebauungsplan rechtskräftig geworden ist. Ich gehe davon aus, dass dort im nächsten Jahr einige Häuser dazukommen werden. Dies zeigt uns die Aufgaben der Baulandentwicklung für die nächsten Jahre deutlich auf! Natürlich werden wir auch weiterhin Nachverdichtung betreiben und wir werden uns auch um Bestandsimmobilien kümmern müssen. Denn die Entwicklung einer Kommune funktioniert nur über den Dreiklang

- maßvolle Ausweisung von Neubaugebieten,
- Nachverdichtung und
- Lösungen für Bestandsimmobilien.

So haben wir für 2016 bis 2019 jeweils 30.000 € für städtebauliche Konzepte und Maßnahmen der Innenentwicklung eingestellt, 2017 aber auch 40.000 € und in den Folgejahren jeweils 30.000 € für die Planung von Neubaugebieten. Denn wenn wir nach dem „Möllenkamp III“ auch weiterhin jungen Familien ein Baugrundstück anbieten möchten, dann müssen wir uns schnell auf den Weg machen!

Windkraft

Wenn der neue Regionalplan – Teilabschnitt Energie – nun in Kraft tritt, werden wir uns auch dem Thema Windenergie wieder widmen müssen und habe dafür in den Jahren 2016 bis 2018 jeweils 30.000 € für eine Potenzialanalyse und die Änderung des Flächennutzungsplans vorgesehen.

Radweg L 793

Mein Vorgänger hatte es vor einigen Wochen bereits kommuniziert und der aufmerksame Autofahrer konnte es bereits feststellen: Die Bäume sind gerodet und der langersehnte Radweg entlang der L 793 kommt – wenn auch mit einer noch zu schließenden Lücke. Das Land NRW trägt die Baukosten in Höhe von rund 600.000 €. Die Gemeinde übernimmt die Planungskosten in Höhe von 75 T€. Davon 25 T€

aus dem Haushalt 2015 – im Haushaltsplan 2016 sind die übrigen 50 T€ eingeplant. Ich freue mich, dass wir 2016 beginnen und demnächst fast lückenlos zwischen Freckenhorst und Everswinkel mit dem Rad fahren können.

Renaturierung der Angel

Die Renaturierung der Angel im Rahmen der Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie schlägt mit 100.000 € zu Buche. Für die Durchführung ist aber ein Landeszuschuss von 80.000 € avisiert, so dass die Gemeinde einen Eigenanteil von 20.000 € für die ökologische Aufwertung des Gewässers beisteuert, dafür aber auch die entsprechenden „Ökopunkte“ gutgeschrieben bekommt.

Breitband

Der Anschluss an die Datenautobahn ist dringend notwendig. Nicht nur für unsere Betriebe, sondern auch für unsere Bürgerinnen und Bürger ist Breitband Daseins- und vor allem Dableibensvorsorge.

Viele kreisangehörige Kommunen haben sich zusammengeschlossen und gemeinsam mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung des Kreises Warendorf (GfW) das „Breitbandprojekt Gewerbegebiete“ gestartet. Damit sind wir Vorreiter in NRW.

Nach dem regionalen Wirtschaftsprogramm NRW (RWP) können Kommunen im Rahmen einer kreisweiten interkommunalen Zusammenarbeit einen Regelfördersatz bis zu 80 % (Nettoförderung) abrufen, um die Gewerbegebiete mit einer Bandbreite von mind. 50 Mbits zu versorgen. 20% sind als kommunaler Eigenanteil zu tragen. Im September/Oktober wurde hierzu bereits eine Abfrage der Versorgung und des Bedarfs bei den Betrieben in den Gewerbegebieten durchgeführt. Neben dem nachzuweisenden Bedarf kommt eine Förderung jedoch nur in Betracht, wenn die jeweiligen Gewerbegebiete nicht innerhalb eines Zeitraumes von 3 Jahren durch einen Telekommunikationsanbieter ausgebaut werden. Hierzu findet derzeit ein Markterkundungsverfahren statt. Gleichzeitig suchen die Projektpartner, insbesondere die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW), auch erste Gespräche mit potenziellen Betreibern der Breitbandnetze.

Sollte der Antrag bewilligt werden, könnten die förderfähigen Gewerbegebiete schon bald eine höhere Bandbreite erhalten. Nach ersten Kalkulationen wäre dann im besten Falle mit einem Landeszuschuss in Höhe von ca. 200.000 € bei Kosten in Höhe von ca. 250.000 € zu rechnen. Der gemeindliche Anteil beläuft sich somit auf ca. 50.000 €.

Schülerverkehr

Im Schülerverkehr haben wir eine Erhöhung des Ansatzes um 27.000 € auf 362.000 € zu verbuchen. Der Grund ist im Wesentlichen (es spielen auch allg. Preissteigerung eine Rolle) die Umstellung des Unterrichts an der Verbundschule von einem 45- auf einen 60-Minutentakt. Dementsprechend muss auch der

Busverkehr angepasst werden. Die hälftigen der dadurch entstandenen Mehrkosten übernimmt die Verbundschule. Ihre Zustimmung haben Sie dazu bereits noch unter meinem Vorgänger erteilt. Ich finde, dass dieser Weg richtig ist. Denn unsere Verbundschule ist ein Leuchtturm in der Schullandschaft des näheren Umkreises und soll dies auch bleiben. Wir müssen daher auch im Hinblick auf die 2019/20 auslaufende Genehmigung unsere Nische in der Schullandschaft finden. Die Umstellung auf den 60-minütigen Unterricht ist daher der richtige Weg.

Feuerwehr

Unsere Feuerwehr liegt nicht nur meinen Vorgängern als Bürgermeister, sondern auch mir am Herzen. Denn sie leisten Tag und Nacht, bei Wind und Wetter anderen Menschen Hilfe. Wir können stolz darauf sein, solch eine aktive Truppe in unserer Gemeinde zu haben!

Eine aktive Truppe braucht aber auch gute Arbeitsbedingungen. Dies vor allem auch deshalb, weil die Arbeit, die sie leisten ehrenamtlich erfolgt. Ich bin auch dankbar, dass die Feuerwehr ihre Hilfe im Falle der Unterbringung von Flüchtlingen in der Festhalle sofort angeboten hat. Das zeigt den Geist, der durch diese Truppe weht. „Gott zur Ehr‘ – dem nächsten zur Wehr!“ ist nicht nur eine leere Worthölse, sondern dieser Grundsatz wird von den Kameradinnen und Kameraden auch aktiv gelebt.

Das LF Kat Schutz der Feuerwehr Alverskirchen sieht zwar sehr schön aus und hat einen nostalgischen Look. Nach fast 30 Jahren im Dienst unserer Wehr ist aber vorgesehen, ein neues Fahrzeug zu beschaffen. Für das Fahrgestell fallen 100.000 € an und für Aufbau und Beladung 250.000 € (als Verpflichtungsermächtigung für 2017). Das sind hohe Summen, aber das muss uns der Schutz unserer Bevölkerung und das müssen uns gute Arbeitsbedingungen für unsere Feuerwehr wert sein. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die Wehrführung mit Dr. Jörg Welzel und Martin Hülsmann immer darauf bedacht ist, mit einem kritischen Auge die Kosten zu drücken und den Feuerwehrwagen-Herstellern dieser Welt nicht zu viel Geld zu zahlen.

Da unser Material so wertvoll ist, muss es auch ausreichend gesichert sein. So dass für die Einbruchsicherung, die Schließanlage und Rauchmelder in den beiden Feuerwehrgerätekäusern 50.000 € veranschlagt sind.

Turnhallen

Gebäude müssen instand gehalten werden. Das gilt insbesondere für unsere Schul- bzw. Sportstätten. An der Turnhalle der Grundschule in Everswinkel und der Festhalle sollen in den kommenden Jahren Maßnahmen im Bereich Brandschutz erfolgen. Geplant sind hierbei: Die Erneuerung von Decke, Beleuchtung, Fenster und Lüftung. Im kommenden Jahr sind hierfür 35.000 € aus Sanierungsmaßnahmen und 80.000 € aus Rückstellungen veranschlagt. In den folgenden Jahren werden weitere 155.000 € für diese Maßnahme benötigt. Bei der Verbundschulturnhalle ist eine

Betonsanierung fällig, für die vorerst 100.000 € im Haushalt eingestellt sind, aufgrund jüngster Untersuchungen aber wohl wesentlich mehr benötigt wird und wir in den anstehenden Sitzungen darüber beraten müssen, wie wir diese Sanierungsmaßnahmen auf die kommenden Jahre verteilen können.

Der SC DJK ist erstmals in der letzten Wahlzeit und letztmalig im letzten Jahr an die Gemeinde herangetreten, um für die Sanierung des ehemaligen „Sportfroschs“ einen gemeindlichen Zuschuss zu bekommen. Die Modalitäten des Antrags im letzten Jahr hätten uns überfordert. Allerdings hat der SC DJK den Antrag nun etwas verändert. Der SC DJK kann sich eine Stückelung über die Jahre 2016 bis 2018 vorstellen.

Ich habe einen Betrag von 60.000 € in den Haushalt 2016 eingestellt. In den Jahren 2017 und 2018 werden auch jeweils 60.000 € in den Haushalt eingestellt.

Dies ist deshalb vertretbar, weil wir als Gemeinde vertraglich verpflichtet sind, für die Gebäudeunterhaltung aufzukommen. Wir haben also selbst ein Interesse daran, dass der ehemalige „Sportfrosch“ saniert wird. Es handelt sich dabei nicht um einen Neubau, also die zusätzliche Schaffung von Sportstätten, sondern um Substanzerhalt, der auch wegen des erheblichen Eigenanteils des SC DJK vertretbar ist.

Vitusbad

Wir haben ein tolles Schwimmbad in Everswinkel. Dort arbeiten auch tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zuletzt haben sie eine schöne Aktion zur Integration von Flüchtlingen durchgeführt. Am 23.10., also zwei Tage nach meinem Dienstantritt waren alle Flüchtlinge, aber auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde ins Vitusbad eingeladen. Bei Kartoffeln vom Hof Beermann und antialkoholischen Getränken aus dem Dschungel-Bistro konnte ich mich mit vielen Flüchtlingen unterhalten und die Flüchtlinge hatten sichtlich Spaß im Bad zu plümpsen.

Unser Vitusbad ist über unsere Gemeindegrenzen hinaus bekannt. Als ich 2002 in Münster mit dem Jurastudium begann und den älteren Semestern sagte, woher ich komme, war die Reaktion immer gleich: „Everswinkel – kenne ich – Vitusbad!“ Ob aus Bocholt oder aus dem Ruhrgebiet, für das Vitusbad sind wir dort bekannt.

Etwas erstaunt war ich, dass mich an dem Abend mit den Flüchtlingen eine junge deutsche Familie fragte, warum ich denn das Vitusbad schließen wolle.

Etwas erstaunt war ich, dass mich der GwE-Geschäftsführer informierte, dass Unruhe in der Mitarbeiterschaft herrsche, weil die Mitarbeiter Angst um ihre Arbeitsplätze hätten.

Etwas erstaunt bin ich, dass es eine Fraktion schon zum zweiten Mal in diesem Jahr vorprescht und eine Schließung thematisiert, ohne Zahlen, Daten und Fakten, die uns die Geschäftsführung noch vorlegen wird, genau zu kennen.

Auch andere Gemeinden haben Schwimmbäder. Auch in anderen Gemeinden müssen Schwimmbäder saniert werden. Ostbevern ist so eine Gemeinde. Die Everswinkeler CDU-Fraktion, der ich bis vor kurzem angehörte, hat sich im Sommer mit der Ostbevrner CDU-Fraktion und Herrn Bürgermeister Annen getroffen. Die Ostbevrner haben uns diverse Überlegungen zum Umgang mit ihrem Schwimmbad vorgestellt. Auf meine Frage, ob denn die Schließung auch eine Option sei, hallte es mir entgegen: „Eine Schließung kommt nicht in Frage.“ Vielleicht sollten wir uns ein Beispiel an dieser Denke nehmen.

Die GwE ist gut aufgestellt. Die kommende Stromsparte eröffnet uns neue Möglichkeiten. Ich werde auf jeden Fall ab dem 01.12. meinen Strom über die GwE beziehen. Auch Sie sollten das tun, denn der Erfolg der Stromsparte der GwE hat Auswirkungen auf das Vitusbad und das wiederum hat wegen des Verlustausgleichs, den wir als Gemeinde zahlen, Auswirkungen auf unseren Haushalt.

Tun Sie mir jedoch einen Gefallen: Lassen Sie die Geschäftsführung der GwE zunächst einmal Zahlen, Daten und Fakten aufbereiten, bevor wir Land, Leute und vor allem unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Schwimmbad völlig unnötig verunsichern!

Steuern

Einen Satz möchte ich noch zu den gemeindlichen Steuern verlieren:

Eine Erhöhung der Hebesätze ist in diesem Jahr **nicht** geplant.

- Dank an Team der Kämmerei (Frau Pham und Frau Nerkamp),
- Dank an Ratsmitglieder fürs Zuhören.

Uns allen: Gute Haushaltsberatungen in den kommenden Wochen! Lassen Sie uns nicht das Trennende benennen, sondern das Gemeinsame suchen!

Der Haushaltsplan 2016 wird im Anschluss an die Sitzung an Sie verteilt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und verweist den Entwurf der Haushaltssatzung 2016 mit ihren Anlagen (*Info: gemeint ist damit der Haushaltsplan 2016*) zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse.